



Bundeskanzleramt

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Postzustellurkunde

Herrn
[REDACTED]

Amelang

Referat 131

Angelegenheiten des

Bundesministeriums der Justiz und für

Verbraucherschutz, Justizariat, IFG-

Koordination

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 400-0

FAX +49 (0) 30 18 400-2357

E-MAIL poststelle@bk.bund.de

BETREFF Anfrage nach dem
Informationsfreiheitsgesetz

AZ 13IFG – 02814 In 2018 NA 050

BEZUG Ihre Anfrage vom 13. Juni 2018

Berlin, 10. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Filter,

mit E-Mail vom 17. Juni 2018 beantragten Sie u.a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG):

„Die Kommunikation (E-Mail, Post, Fax etc.) sowie sämtliche Unterlagen, die Ihnen zur Initiative "Tech4Germany" (<https://www.tech4germany.org/>) vorliegen.“

Auf Ihren Antrag ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Gründe:

I.

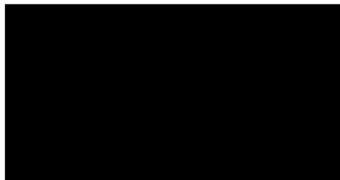
Der Anspruch auf Informationszugang nach § 1 Abs. 1 IFG ist auf die bei der Behörde vorhandenen amtlichen Informationen beschränkt. Dies setzt voraus, dass die Informationen tatsächlich bei der Behörde, bei der der Informationsantrag gestellt wird, vorliegen.

Eine Recherche hat keine einschlägigen Informationen im Sinne Ihrer Anfrage im Aktenbestand des Bundeskanzleramtes ergeben. Daher war der Antrag abzulehnen.

II.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 10 Abs. 1 und 3 IFG in Verbindung mit der Informationsgebührenverordnung (IFGGebV).

Mit freundlichen Grüßen



Amelang

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin erhoben werden.

Ich weise darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs eine Gebühr in Höhe von mindestens 30,00 Euro anfällt.